

Linke Perspektive oder kapitalistische Utopie?

Zur politischen Konfusion um das Grundeinkommen

Die Diskussionen über ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) haben angesichts der Verbreitung von Armut, Arbeitslosigkeit und prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen unter der Vorherrschaft des „finanzdominierten Akkumulationsregimes“ (Chesnais 2004) eine neue Dynamik erlangt. In Deutschland, wo erstmals seit Jahrzehnten in breiten Kreisen der Bevölkerung die Angst vor der Armut umgeht, hat die Umsetzung der so genannten Hartz-Gesetze¹ in dieser Hinsicht katalysierend gewirkt. Die Verschärfung des Arbeitszwangs (der „Zumutbarkeitskriterien“) und die brutale soziale Deklassierung der Langzeitarbeitslosen haben viele mit dem „rheinischen Kapitalismus“ verbundenen Illusionen entlarvt und die Rolle des ebenso neokonservativen wie neoliberalen Wettbewerbs- und Nachtwächterstaat offen gelegt: Die Regierungen bemühen sich relativ unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung vor allem darum, im Standortwettbewerb beste Bedingungen für die Gewinnchancen der Grossunternehmen und Finanzinvestoren herzustellen.

Doch diese Diskussionen über das Grundeinkommen scheinen nicht entlang der üblichen politischen Konfliktlinien zu verlaufen. So wird die Grundeinkommensidee durch sozial- und wirtschaftsliberale Kreise wie auch durch kapitalismuskritische Zusammenhänge propagiert. Es bilden sich „Bündnisse“, die von Erwerbsloseninitiativen bis zu liberalen Ökonomen und Unternehmerkreisen reichen - wie das Netzwerk Grundeinkommen in Deutschland. Die Linke und die sozialen Bewegungen sind in dieser Frage gespalten: Während die einen das Grundeinkommen als Möglichkeit betrachten, Erwerbslose und Prekäre aus sozialer Not und Schikanierung durch die Sozialstaatsbürokratie zu befreien, sowie letztlich alle Menschen vom Zwang zum Verkauf ihres Arbeitsvermögens, sehen die anderen einer langen Tradition der „historischen Arbeiterbewegung“ folgend die Priorität im Kampf für das Recht auf Arbeit und lehnen die Idee ab, Einkommen und Lohnarbeit zu entkoppeln. Diese Spaltung der Linken überlagert sich teilweise mit Unterschieden in der sozialen Lage von Lohnabhängigen (Erwerbslose und Prekäre auf der einen Seite, gewerkschaftliche Milieus auf der anderen) und mit herkömmlichen politischen Trennungslinien (insbesondere zwischen „libertären“ oder „autonomen“ und „sozialistischen“ Strömungen).

Wir vertreten die These, dass die Grundeinkommensidee in einer kapitalistischen Utopie aufgehen kann, aber auch für Perspektiven über die kapitalistischen Verhältnisse hinaus von Interesse ist. Es kommt darauf an, wozu ein Grundeinkommen dienen soll, und wie es ausgestaltet und finanziert würde. Um aus der aktuellen Krise herauszukommen, muss die

¹ Diese Gesetze wurden nach dem Personalchef von VW benannt, Peter Hartz, den Bundeskanzler Schröder 2002 mit der Konzeption einer „Arbeitsmarktreform“ beauftragte. Hartz ist 2005 nach einem Korruptionsskandal bei VW, in den auch Betriebsräte und Gewerkschaften verwickelt waren, von seinem Amt zurückgetreten.

Linke traditionelle Strategien und Gewissheiten hinterfragen. Unter dieser Bedingung könnte die Grundeinkommensdebatte neue linke Dialoge und Aktionsgemeinschaften herbeiführen, statt bestehende Spaltungen zu verschärfen, wie es derzeit geschieht.

I. Grundeinkommen und „Utopischer Kapitalismus“

Libérale und unternehmerfreundliche Positionen haben in der Grundeinkommensdiskussion in letzter Zeit an Einfluss gewonnen. Bekanntlich sprach sich bereits Milton Friedman, der Wirtschaftsnobelpreisträger, dafür aus. Heute zählt der Direktor des Weltwirtschaftsinstituts in Hamburg, Thomas Straubhaar, zu den prominenten liberalen Befürwortern. Am 26. März 2007 präsentierte er eine Studie, nach der ein Grundeinkommen von 600 Euro pro Monat in Deutschland „kostenneutral“ finanziert werden könne, das heisst ohne eine Erhöhung des Gesamtsteuersatzes (HWWI 2007). Möglich wäre das, wenn alle (oder die allermeisten) heutigen Sozialleistungen gestrichen bzw. durch dieses Grundeinkommen ersetzt würden (Altersrenten, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, Sachleistungen, usw.). Die Studie stützt sich auf das Konzept des Solidarischen Bürgergelds von Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) aus Thüringen.² Das Grundeinkommen soll durch eine Einkommens- und Konsumsteuer mit einheitlichem Steuersatz (*Flat Tax*) finanziert werden.

Die Befürworter mit anthroposophischem Hintergrund sind ebenfalls zum liberalen Lager zu rechnen. In Deutschland ist der Unternehmer Götz Werner von der Drogeriemarkt-Kette (dm) eine einflussreiche Figur in dieser Diskussion (vgl. Werner 2007). In der Schweiz vertreten Daniel Häni und Enno Schmidt von der Initiative Grundeinkommen ähnliche Ansichten. Sie schlagen ein Grundeinkommen von 2'000 Franken vor, das durch eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 100 Prozent finanziert werden soll.³ Alle anderen Steuern, auch die Lohnabzüge für Sozialversicherungen, sollen abgeschafft werden. Laut Häni und Schmidt würden die Konsumentenpreise dabei unverändert bleiben, weil sie heute Steuerabgaben enthalten, die hinfällig würden: Die preistreibende Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung soll demnach durch eine entsprechende Senkung der Löhne und Waren- und Infrastrukturkosten kompensiert werden. Das ist der Kern ihrer „Latte-Macchiato-These“, die sie am Beispiel der Produktions- und Distributionskosten dieses Getränks im Basler Kaffeehaus „Unternehmen Mitte“ erläutern, dessen Geschäftsleitung Daniel Häni angehört.⁴

Es fällt nicht schwer, solche Modelle zu kritisieren. Offenbar lässt sich das Grundeinkommen mit einem Sozialabbau verbinden, der für zahlreiche RentnerInnen, Erwerbslose und weitere

² Informationen zu diesem Modell sind auf dem Netz zu finden: <http://www.d-althaus.de/52.html>.

³ Heute liegen die Mehrwertsteuersätze in der Schweiz zwischen 2.4 und 7.6 Prozent. Der Bundesrat hat mehrere Varianten für eine Vereinheitlichung der Steuersätze in die Vernehmlassung geschickt.

⁴ Die „Latte-Macchiato-These“ wurde auch in der Zeitschrift *Facts* präsentiert (Nr. 9/2007, S. 17-18). Es handelt sich in der Tat um eine kühne These, die etwas sehr Unwahrscheinliches behauptet: die Bereitschaft der Akteure (von den Unternehmern bis zu den Beschäftigten), einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens „kampflos“ einer schönen Idee zu opfern. Oder wollen Daniel Häni und Enno Schmidt etwa staatliche Preiskontrollen einführen, um ihrer These zum Durchbruch zu verhelfen?

BezügerInnen von Sozialleistungen drastische Einkommenseinbussen verursachen würde. Die anvisierte Umgestaltung des Steuersystems würde Kapital und hohe Einkommen weitgehend von den Steuern befreien und die mittleren und tiefen Einkommensklassen stark belasten, zumal sich die „Latte-Macchiato-These“ als frommer Wunsch erweisen dürfte. Die deutlich zu tiefen Ansätze würden den Druck auf die Löhne verschärfen, der im Zuge der Globalisierung und der Liberalisierung der Arbeitsmärkte bereits zugenommen hat, und Tieflohnbeschäftigung durch staatliche Subventionierung fördern. Dennoch greift es zu kurz, die liberalen Modelle nur als zynische Täuschungsmanöver im Dienste der Unternehmen und Vermögenden zu sehen. Sie bringen die Vision einer idealen Gesellschaft zum Ausdruck, die an das erinnert, was Robert Castel (2000, 178) den „utopischen Kapitalismus“ nannte. Das Grundeinkommen erscheint als Instrument, mit dem endlich eine wirklich freie Marktwirtschaft hergestellt werden kann, in der niemand Not leiden muss und sich alle Menschen wie Unternehmer verhalten. Der anthroposophischen Lehre einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ wäre damit ebenso gedient wie den scheinbaren Naturgesetzen der neo-klassischen Wirtschaftstheorien. Götz Werners Motto „Unternimm die Zukunft“⁵ ist Programm: Werde auch du ein Unternehmer!

Die liberalen Befürworter des Grundeinkommens artikulieren die Vision einer harmonischen Marktgesellschaft, die sich frei von Klassen- und anderen Interessensgegensätzen an den „besten Ideen“, zum Beispiel an der Grundeinkommensidee orientiert. Eine Gesellschaft, in der sowohl der Markt als auch die Menschen wirklich frei sind: Was ist das anderes als eine kapitalistische Utopie?

II. Zur Bedeutung von „Arbeitskämpfen“ im Kapitalismus

Die Linke sollte nicht nur die konkreten Aspekte der liberalen Modelle kritisieren, sondern eigenständige politische Perspektiven formulieren, in denen ein Grundeinkommen Sinn macht. Natürlich ist es richtig, die Illusion zu entlarven, der Gesellschaft gehe auf Grund des technologischen Fortschritts die Arbeit aus: In Wirklichkeit schafft der Kapitalismus immer wieder neue Felder und Formen von Lohnarbeit, um die erweiterte Reproduktion des Kapitals zu gewährleisten und die Finanzspekulation mit Mehrwert zu füttern; auch gibt es weiterhin keine Produktionsprozesse, die insgesamt ohne menschliche Arbeit auskommen.⁶ Natürlich lässt sich eine substantielle Veränderung der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht ohne Kampf um die Produktionsweise dieses Reichtums herbeiführen. Natürlich ist das Grundeinkommen auch kein Instrument, um die geschlechterspezifische

⁵ Mit diesem Slogan führt Götz Werner seine Kampagne für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Siehe die entsprechende Internetseite des dm-Chefs: <http://www.unternimm-die-zukunft.de/>

⁶ Wer glaubt, dies werde sich in absehbarer Zeit ändern, der/m sei die Lektüre von Dreyfus (1994) empfohlen, der die These vertritt, der Computer könne die Menschen nicht ersetzen, weil ihm ein „sozialer Körper“ fehle - und damit, so liesse sich ergänzen, auch so etwas wie ein „sozialer Sinn“ (Bourdieu 1987).

Arbeitsteilung direkt ins Wanken zu bringen.⁷ Aber all das sind keine Gründe, um sich der Auseinandersetzung mit dieser Idee zu verweigern und einer traditionellen Ausrichtung auf „Arbeitskämpfe“ das Wort zu reden: Denn auch die Tragweite solcher Kämpfe ist begrenzt, und sie sind keinesfalls frei von Widersprüchen. Dies will ich unter vier Gesichtspunkten stichwortartig andeuten.

(a) Arbeitskämpfe bergen stets Gefahren einer Verengung der politischen Perspektive. Sie tendieren meistens dazu, Forderungen im Rahmen des Kapitalverhältnisses zu artikulieren, und stellen dieses Produktions- und Herrschaftsverhältnis selbst nicht automatisch in Frage. Am ehesten entwickeln sich systemkritische Perspektiven, wenn die Selbstorganisation der Produktion („Arbeiterkontrolle“), deren gesellschaftlicher Sinn (Bedürfnisbefriedigung) oder die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln zum Gegenstand der Kämpfe und Diskussionen werden. Aber es wäre übertrieben zu behaupten, Arbeitskämpfe enthielten *per se* eine solche Entwicklungsdynamik. Eben so gut können sie in korporatistischen Interessen einzelner Beschäftigtengruppen aufgehen und sich - direkt oder indirekt - gegen andere Lohnabhängige richten.⁸

(b) Traditionelle Arbeitskämpfe „vergessen“ den Bereich der (sehr mehrheitlich durch Frauen geleisteten) unbezahlten Arbeit ausserhalb des Betriebs und verfehlen damit eine zentrale Dimension der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse. Ebenso fehlt ihnen meistens das Interesse an Auseinandersetzungen um Lebensweisen und Ökologie oder an Strategien gegen die „Entfremdung in der Freizeit“, die durch die Kritische Theorie als zentraler Pfeiler der kapitalistischen Herrschaft identifiziert wurde.⁹ Der Fokus auf die Lohnarbeit bringt oft ein reduziertes Verständnis von „Klassenkampf“ zum Ausdruck - wie wenn die sozialen Klassen nur im Betrieb aufeinander treffen würden. Der Kampf für eine andere Gesellschaft kann und sollte in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens geführt werden.

(c) Die vorherrschende Dynamik der Arbeitskämpfe hat zumindest in Kontinentaleuropa ein Gefüge der „Sozialpartnerschaft“ hervorgebracht, das heute zu den wichtigsten Grundlagen der politischen Stabilität des Kapitalismus zählt. Die Einbindung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsverantwortlichen in staatliche Strukturen und korporatistische Arrangements, die Erosion von deren aktiver Mitgliederbasis sowie die verschärften kapitalistischen Angriffe auf alle sozialen Errungenschaften und ökonomischen Rechte der Lohnabhängigen führen dazu, dass Arbeitskämpfe heute - selbst in einer Branche wie der deutschen Autoindustrie -

⁷ Vgl. dazu die Ausführungen von Gisela Notz (2005) im Heft 49 des *Widerspruch*.

⁸ Die Geschichte der „Arbeiterbewegung“ ist reich an Beispielen von Arbeitskämpfen, die sich gegen Frauen oder MigrantInnen richteten. Es soll hier nur an die fremdenfeindlichen Kampagnen der schweizerischen Gewerkschaften in den 1960/70er Jahren erinnert sowie auf das lesenswerte Buch von Maruani und Nicole-Drancourt (1989) über die Reaktionen von Arbeitern und der Gewerkschaft auf den Einzug von Frauen in die französische Druckindustrie - eine traditionelle Männerbastion - verwiesen werden.

⁹ Die klassische Schrift von Adorno und Horkheimer (1969) über die Kulturindustrie beeindruckt nach wie vor durch die Kompromisslosigkeit ihres theoretischen Gedankengangs. Zugleich erscheinen die darin kritisierten kulturindustriellen Phänomene im Vergleich zur heutigen Zeit beinahe etwas harmlos.

meistens defensiv und isoliert sind, oder jedenfalls unter „sozialpartnerschaftlicher Kontrolle“ gehalten werden. „Revolutionäre Potenziale“ solcher Kämpfe sind in aller Regel höchstens versteckt und in bescheidenen Ansätzen erkennbar.¹⁰

(d) Die Rechte und Garantien, die im Zuge der Sozialstaatsentwicklung an Erwerbsarbeit gekoppelt wurden, gehen vor dem Hintergrund der neokonservativen Restrukturierung aller Arbeits- und Lebenswelten zunehmend verloren. Die Arbeitslosigkeit bleibt relativ hoch, die Prekarisierung schreitet voran, neue Phänomene von Armut breiten sich aus. Ein wachsender Teil der Lohnabhängigen steht nicht mehr in einem langfristigen und geregelten Arbeitsverhältnis. Das „informelle Proletariat“¹¹ breitet sich auch in Europa aus. Immer mehr Menschen erfahren die Macht der herrschenden Klasse mehr durch staatliche Instanzen (Polizei, Sozialstaatsbürokratie, usw.) als durch die Strategien der Patrons und Manager. Die Prekären, Erwerbslosen, Scheinselbständigen oder Papierlosen führen kaum Arbeitskämpfe im traditionellen Sinn, es geht ihnen oft direkt „ums Überleben“ und um Freiräume gegenüber Stigmatisierungen, Diskriminierungen und Schikanen, denen sie ausgesetzt sind.

III. Marx und die Helden der Arbeit

Es soll hier in keiner Weise die zentrale Bedeutung der gesellschaftlichen Arbeit für jedes politische Konzept und Projekt, das über den Kapitalismus hinaus weist, relativiert werden. Aber die Lohn- und Erwerbsarbeit ist nur eine besondere Form von gesellschaftlicher Arbeit (die einzige, die durch den Kapitalismus als solche anerkannt wird), und es muss mindestens so sehr *gegen diese Form von Arbeit* wie um deren konkrete Anwendungsbedingungen (Lohn, Arbeitszeit, betriebliche Strukturen und Einrichtungen usw.) gekämpft werden, damit eine politische Perspektive entsteht, die über das bestehende System hinaus weist. In dieser Hinsicht kann die Grundeinkommensidee interessant sein, da - oft ungewollt und unbewusst - die gesellschaftliche Wurzel des vorherrschenden Produktions- und Herrschaftssystems zur Sprache kommt: Der Zwang zum Verkauf des Arbeitsvermögens, das als variables Kapital in die Kreisläufe der kapitalistischen Maschinerie eingeht.

Es ist eine traurige Ironie der Geschichte, dass im Namen von Karl Marx, der sich als Kritiker jeder Religion verstand, regelrechte Arbeitsreligionen ausgerufen wurden. Die Helden der Arbeit im scheinbar „real existierenden Sozialismus“ waren ein Beispiel dafür; weitere lassen sich auch in Geschichte und Gegenwart der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften im Westen zuhauf finden.¹² Viele Linke glauben, Marx habe vor allem „entdeckt“, menschliche Arbeit allein produziere den gesellschaftlichen Reichtum; so weit waren aber die klassischen

¹⁰ Die rasch wieder abgebrochenen Streiks in Deutschland bei Mercedes, Opel und VW im Sommer und Herbst 2004 haben diese Konstellation sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

¹¹ Mike Davis (2007) hat gewissermaßen im Weltmassstab darüber nachgedacht, welche neuen Fragen die Ausbreitung des informellen Proletariats für die Formulierung sozialistischer Perspektiven aufwirft.

¹² Es reicht, daran zu denken, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund heute seine Hauptaufgabe darin sieht, „Menschen in Arbeit zu bringen“. Wie diese Arbeit dann aussieht, ist hier offenbar zweitrangig geworden.

Ökonomen wie A. Smith und D. Ricardo auch schon gelangt. Im Kern der marxischen Kritik der Politischen Ökonomie steht vielmehr die Entdeckung der Wertformen, der Beherrschung der menschlichen Tätigkeiten durch die gesellschaftlichen Formen, welche die erweiterte Reproduktion des Kapitals erheischt.¹³ Die zu einer Ware gewordene Arbeitskraft ist nichts weiter als die kapitalistische Wertform menschlicher Fähigkeiten, und jede über den Kapitalismus hinaus weisende Perspektive muss darauf abzielen, die Kreativität und Intelligenz der Menschen dem Diktat dieser Wertform zu entreissen.

Viele KritikerInnen der sozialdemokratischen und stalinistischen Arbeitsreligionen haben sich auf die Schrift von Paul Lafargue (1998) über das „Recht auf Faulheit“ gestützt. Insofern dieser Text gegen Marx gelesen wurde, fiel dabei auch die marxische Gesellschaftsanalyse unter den Tisch. Bis heute wiederholen die meisten „KritikerInnen der Arbeitsgesellschaft“ mehr oder weniger Lafargues Argumente und versteifen sich darauf, einen vorherrschenden Arbeitsbegriff anzugreifen, von dem wir uns endlich lossagen sollten. Doch die kapitalistische „Religion des Alltagslebens“ (Marx, 1968b, 838) wurzelt in gesellschaftlichen Verhältnissen, die abgeschafft werden müssen, damit sie selbst verschwinden kann. Diese Einsicht, die Marx im Spätwerk besonders klar formulierte, fehlt dem in mancher Hinsicht sympathischen Büchlein seines Schwagers Lafargue.

IV. Neue Perspektiven entwickeln

Eine Strategie, neue linke Perspektiven zu gewinnen, könnte daraus bestehen, altbekannte Gegenüberstellungen zu hinterfragen und bisher als unvereinbar betrachtete Positionen und Haltungen zu vermitteln. Zweifellos könnten „libertäre“ und „sozialistische“ Strömungen viel voneinander lernen, wenn sie bereit wären, sich auf solche Diskussionen einzulassen. In der Not frisst der Teufel Fliegen, und diese Not - die historische Schwäche der Linken - sollten eigentlich alle erkannt haben.

Es gibt keinen Grund, das Grundeinkommen und das Recht auf Arbeit als Forderungen zu betrachten, die sich ausschliessen oder behindern: Das Grundeinkommen widerspricht nur der Pflicht zur Arbeit, und das Recht auf Arbeit verweigert kein Recht auf Einkommen. Das Grundeinkommen kann Teil einer linken Perspektive der Umverteilung von Reichtum und (bezahlter wie unbezahlter) Arbeit und der Reflexion eines alternativen Gesellschaftsmodells sein, wenn mindestens die folgenden Kriterien erfüllt sind: (a) Die Finanzierung wird durch progressive Steuern auf Einkommen, Kapital und Vermögen (sowie allenfalls Lohnprozente) gewährleistet; (b) bestehende soziale Sicherungssysteme werden nicht ersetzt, sondern

¹³ Jean-Marie Vincent (2001) hat überzeugend argumentiert, Marx habe nicht eine klassische Arbeitswertlehre entwickelt, sondern eine Theorie der Wertformen. Marx selbst hat diesen Aspekt mehrfach hervorgehoben, zum Beispiel in folgendem Satz aus dem ersten Band des Kapitals: „Die politische Ökonomie hat nun zwar, wenn auch unvollkommen, Wert und Wertgrösse analysiert und den in diesen Formen versteckten Inhalt entdeckt. Sie hat niemals auch nur die Frage gestellt, warum dieser Inhalt jene Form annimmt, warum sich also die Arbeit durch ihre Zeitdauer in der Wertgrösse des Arbeitsprodukts darstellt?“ (Marx 1968a, 94-95)

ergänzt und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen angepasst; (c) die Höhe des Grundeinkommens darf sich nicht unter der Armutsgrenze und den Mindestlohnansätzen (in der Schweiz heute: 3'000 Franken netto) bewegen. Dann lässt es sich gut mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhnen oder besseren Arbeitsbedingungen verbinden. Um den kapitalistischen Geldfetisch grundsätzlicher in Frage zu stellen und Perspektiven einer Dekommodifizierung des Alltags zu öffnen, wie Schandl (2005, 139) vorschlägt, wäre das Grundeinkommen mit dem Kampf gegen die Privatisierung und für eine Ausweitung und Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen zu verbinden. Eine unentgeltliche soziale Infrastruktur kann selbst als „nicht monetäres Grundeinkommen“ für alle betrachtet werden und eröffnet darüber hinaus erst noch Möglichkeiten gesellschaftlicher Aneignung, ohne die kein alternatives Gesellschaftsmodell auskommt (vgl. Zeller 2004).

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist heute in der öffentlichen Diskussion unmittelbar wertvoll, um der zunehmend verbreiteten Stigmatisierung der BezügerInnen von Sozialleistungen als Sozialschmarotzer zu begegnen. Doch wie Ronald Blaschke vom Grundeinkommensnetzwerk in Deutschland sagt, kann jedes linke Projekt, „dem man die Spitze wegnimmt“, neoliberal umgedreht werden. Welches Grundeinkommensmodell - wenn überhaupt - umgesetzt wird, ist deshalb „eine Frage der Kräfteverhältnisse und in der Tat des Kampfes“ (*Junge Welt*, 13. 4. 2007). Es stellt sich die Frage, wer mit wem wofür kämpft. In dieser Hinsicht sind die linken BefürworterInnen des Grundeinkommens gut beraten, an der längerfristigen Perspektive der Herausbildung eines sozialen Blocks kapitalismuskritischer Kräfte zu arbeiten, statt sich der verführerischen Illusion hinzugeben, ein Grundeinkommen, das diesen Namen wirklich verdient, lasse sich *hic et nunc* in einem Bündnis mit Liberalen und aufgeklärten Unternehmerkreisen umsetzen. Wer die politische Konfusion um das Grundeinkommen zu nutzen versucht, ohne sie zu thematisieren, läuft am Ende Gefahr, ihr selbst zum Opfer zu fallen.

Artikel von Avji Sirmoglu und Peter Streckeisen

Dieser Text erscheint abgeändert und gekürzt im Heft 52/2007 der Zeitschrift Widerspruch (<http://www.widerspruch.ch/>). Das Heft 52 wird um den 20. Juli erscheinen und einen Diskussionsteil mit weiteren Beiträgen zum Grundeinkommen (von A. Gorz, M. Krätke, W. Vontobel) sowie zur Frage eines gesetzlichen Mindestlohns (A. Rieger, H. Baumann) enthalten.

Literatur

- Adorno, Theodor W. und Max Horkheimer, 1969 (1947): Kulturindustrie. Aufklärung als Massenbetrug, in Dies.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt/M., S. 128-176
- Bourdieu, Pierre, 1987: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt/M.

- Castel, Robert, 2000: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz
- Chesnais, François, 2004: Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite, in: Ch. Zeller (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie, Münster, S. 217-254
- Davis, Mike, 2007: Planet der Slums. Berlin
- Dreyfus, Hubert L., 1994: What Computers still can't do. A critique of artificial reason. Cambridge
- Häni, Daniel und Enno Schmidt, 2007: In den reifen Apfel beißen, in: *Anthroposophie im Dialog - INFO 3*, Ausgabe 04/2007, S. 11-21
- HWWI (Hamburger Weltwirtschaftsinstitut), 2007: Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld - mehr als sozialutopische Konzepte. Hamburg, 149 S.
- Lafargue, Paul, 1998 (1883): Das Recht auf Faulheit. Grafenau/Württ
- Marx, Karl, 1968a (1967): Das Kapital, Band I. Der Produktionsprozess des Kapitals. Berlin (MEW 23)
- Marx, Karl, 1968b (1894): Das Kapital, Band III: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. Berlin (MEW 25)
- Maruani, Margaret und Chantal Nicole-Drancourt, 1989: Au labeur des dames. Métiers masculins, emplois féminins. Paris
- Notz, Gisela, 2005: Grundeinkommen gegen Ungleichheit und Armut? Anmerkungen aus feministischer Sicht, in: *Widerspruch*, 49/2005, S. 115-125
- Schandl, Franz, 2005: Vom Einkommen zum Auskommen. Zu Plausibilität und Kritik des garantierten Grundeinkommens, in: *Widerspruch*, 49/2005, S. 133-140
- Vincent, Jean-Marie, 2001: Un autre Marx. Après les marxismes. Lausanne
- Werner, Götz W., 2007: Einkommen für alle. Köln
- Zeller, Christian, 2004: Zur gesellschaftlichen Aneignung, in: Ders. (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster, S. 295-313